

## **Rede von KR Peter Feige für die SPD-Kreistagsfraktion** **Haushalt 2014 – 3. Lesung**

**Wortlautprotokoll** ( mdl. Anmerkungen in rot vermerkt )

*„Wir machen aber darauf aufmerksam, dass jetzt ganz dringend eine Bestandsaufnahme aller Maßnahmen erfolgen muss, die in den nächsten Jahren absehbar geplant sind, und dass dafür eine Finanzplanung spätestens bei der Einbringung des Haushalts 2013 erarbeitet werden muss – planen nur bis zum Tellerrand war gestern!“* So war unsere Aussage bei der Verabschiedung des Haushalts 2012 am 3. Februar 2012. Getan hat sich in dieser Hinsicht bisher leider nichts, obwohl wir dieses Thema immer wieder, nicht zuletzt bei der Haushaltsberatung 2013 angemahnt hatten. Nun hoffen wir, dass bei der Klausurtagung des Kreistags endlich ein Finanzkonzept auf den Tisch kommt. Dies umso mehr, als mit dem Projekt Landratsamt 2015+ ein weiterer Plan zur Entscheidung ansteht, von dem wir Umfang und Kosten bisher nur in groben Umrissen erkennen können. Im Frühjahr 2014 eine Entscheidung in Sachen LRA 2015+ treffen zu wollen kann nur dann geschehen, wenn für die großen Projekte des Landkreises ein vom Kreistag verabschiedetes Finanzkonzept vorliegt. Meine Fraktion sieht, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit der uns dafür vorgestellten Maßnahmen beim derzeitigen Kenntnisstand keine Möglichkeit einem umfassenden Grundsatzbeschluss zuzustimmen.

Die Haushaltsberatung verlief aus unserer Sicht nicht sehr glücklich. Das liegt nach unserer Meinung am eingeschlagenen Verfahren, konkret an der Vor-Festlegung für die Höhe der Kreisumlage durch die Verwaltungsspitze bei der Bürgermeisterversammlung. Es bleibt für den Kreistag bei diesem Verfahren nur eine eingeschränkte Möglichkeit zur Veränderung – sowohl nach oben wie nach unten. Aber gerade beim Haushalt 2014 stellten sich natürlich schon einige Fragen:

- Soll der Landkreis, um den Gemeinden mit der Kreisumlage entgegen zu kommen seinen Haushalt „auf Kante nähern“, obwohl für viele Projekte keine (oder eben kreditfinanzierte) Realisierungsmöglichkeiten zu erkennen sind?
- Ist es ein erstrebenswertes Ziel, bei der Netto-Neuverschuldung eine Null anzusteuern, wie es von der Fraktion der Freien Wähler vertreten wurde (oder wird?)
- Wie wollen wir den in seinem Umfang ja ziemlich genau bekannten Investitionsstau beseitigen, u.a. bei der dringend erforderlichen Sanierung der Kreisstraßen?

Mit dem neu gewählten Kreistag muss im Herbst nach unserer Meinung dringend das Verfahren zur Kommunizierung der beabsichtigten Höhe der Kreisumlage beraten werden. **Und, wie bereits beantragt, ist es auch an der Zeit, Arbeitsabläufe und Arbeitsstrukturen sowohl im Kreistag und noch dringender in den Ausschüssen auf den Prüfstand zu stellen.**

Die Verwaltung musste mit ihrem untauglichen Versuch, mit Sperrvermerken möglicherweise eine geringere Netto-Neuverschuldung zu erreichen, schnell wieder zurückrudern. In der Tat bringt eine solche Aktion ja keine tatsächliche Entlastung – die Summen sind ja im Haushalt eingestellt, und bei einer Nichtbewirtschaftung können die Beträge nicht mehr wie früher in das neue Haushaltsjahr übernommen, sondern müssten dann neu veranschlagt werden. Wenn wir dem Haushalt 2014 mit einem Kreisumlagehebesatz von 37,0% heute, in Kenntnis der Änderungsliste zustimmen, dann nur mit der Zusage der Verwaltung, in der Sitzung der Strategie- und Strukturkommission am 17. Februar erste Grundzüge eines Finanzkonzepts vorgestellt zu bekommen.

Unser Landkreis Göppingen ist aus der über Jahrzehnte selbstverschuldeten Isolation und Nabelschau nun ausgestiegen. Dafür haben wir Sozialdemokraten uns über Jahre hinweg eingesetzt. Jetzt endlich mit Erfolg. Wir sind froh, dass wir jetzt endlich auf konstruktive Initiativen setzen können. Die duale Ausbildung muss an unseren Berufsschulzentren verstärkt werden. Gemeinschaftsschulen und Realschulen müssen mit den Unternehmen im Kreis intensiv kooperieren. Wir brauchen bei den Eltern endlich Imagegewinne. Unsere Verantwortung und Ihre, Herr Landrat. Die Gesundheitsangebote im Landkreis werden eines unserer nächsten Standbeine sein. Wer kümmert sich eigentlich um die Verbindungen zwischen niedergelassenen Ärzten und öffentlichen Institutionen?

Einige wenige Punkte aus den Ausschussberatungen möchte ich nun noch ansprechen.

Es freut uns, dass unsere Anträge zur Verbesserung der Situation der Kinder in der Sammelunterkunft Pappelallee und zur Lage im Kinderschutzzentrum eine Mehrheit im Jugendhilfeausschuss **finden werden**. Da beide Anliegen dringenden Hilfebedarf erfordern gehen wir davon aus, dass die **dazu** erforderlichen Maßnahmen sehr schnell umgesetzt werden.

Ich möchte nun auf den leider von einer konservativen Kreistagsmehrheit schon gar nicht mehr zur Behandlung gewünschten Punkt zurückkommen: das Projekt „familienbewusst & demografieorientiert“ – Kinderbetreuungsangebote. Es erstaunt mich schon sehr, dass diese gerade angesprochene konservative Mehrheit sich nicht einmal in der Lage sieht, darüber zu diskutieren. In nichtöffentlicher Sitzung im Verwaltungsausschuss, da hat man sehr wohl darüber diskutiert. Und wenn wir dann beantragen, der Kreistag möge die Angelegenheit an sich ziehen, um in öffentlicher Sitzung darüber zu beraten, dann wird ein solcher Antrag von vornherein gleich mal abgelehnt. Ich finde das unerhört, ich muss das sehr deutlich sagen, mir ist es in meiner jetzt doch schon einige Zeit dauernden Zeit im Kreistag schon ein paar Mal vorgekommen, dass wir einen Antrag versucht haben, erneut in den Kreistag zu bringen, weil er unserer Meinung nach nicht sachgerecht in den Ausschüssen behandelt wurde und, dass dann von vornherein genau die gleiche Mehrheit wie heute dastand und gesagt hat: „Nö, darüber diskutieren wir überhaupt nicht.“ Antrag abgelehnt („Case dismissed“)

Meine Damen und Herren, das ist eine Geschichte, die sich bei mir sehr tief einprägt, die mich auch, ich muss das deutlich so sagen, sehr enttäuscht hat. Die Familien nehmen für die Sicherung der Zukunftsperspektiven einer Region eine Schlüsselstellung ein. So steht es im Familienatlas der Bundesregierung. Der Landkreis Göppingen ist dafür ein landesweiter Modellstandort. Wir hätten eine doppelte Chance. Der Landkreis als attraktiver Arbeitgeber und der Landkreis Göppingen als familienfreundlicher Landkreis. Dieses Projekt hat im Frühjahr 2012 gestartet. Das Modellprojekt mit Familienforschung Baden-Württemberg. Es gab sechs Handlungsfelder, der wichtigste: bedarfsgerechte Services. Was sollte nun hier bei uns beim Landratsamt entstehen? Eine Tagesgroßpflegestelle. Tagespflege in anderen geeigneten Räumen im Schulerburg-Kindergarten in Kooperation mit Tagesmütterverein für U3-Betreuung. Dieser Antrag ist mit Stimmengleichheit im Verwaltungsausschuss abgelehnt worden. Der zweite war ein Kinderbetreuungskostenzuschuss für nicht schulpflichtige Kinder der Altersgruppe von 3 bis 6 Jahren. Auch da mit Stimmengleichheit eine Ablehnung im VA. Um was hätte es sich denn gehandelt? Um maximal 12 Ganztagesbetreuungsplätze im Schulerburg-Kindergarten für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren für Beschäftigte des Landkreises wäre möglich geworden dadurch. Im Landkreis sind derzeit insgesamt ca. 1.550 Plätze für U3-Betreuung geschaffen. Die Kinderanzahl insgesamt U3 beträgt 5.913 Kinder, d. h., wenn man diese Zahl von 1.550 nimmt und die Zahl von 12 Betreuungsplätzen gegenüberstellt, dann ist das nicht mal 1 %. Insofern, Herr Bürgermeister Wittlinger, ist das Argument, der Landkreis würde in den Gemeinden geschaffene Strukturen dadurch aushöhlen, nun wirklich obsolet. Es entbehrt jeglicher Grundlage. Die Verwaltung will keine Doppelstrukturen. Und man muss hier wirklich sagen, das ist ja ein Projekt, das von der Verwaltung erarbeitet wurde. Die

Verwaltung will ja gar keine Doppelstrukturen, sondern sie sieht dieses Angebot als Ergänzung zu bestehenden Strukturen. Es ist mir unverständlich, warum Sie dieses so nicht anerkennen wollen. Betreuung von Kindern unter einem Jahr – auch darum geht es natürlich – es soll auch Beschäftigte geben im Landratsamt, die Kinder unter einem Jahr haben. Es ist nur ganztags in wenigen Gemeinden möglich. Ganztagsbetreuung ab einem Jahr wird auch nur in 16 Gemeinden des Landkreises insgesamt angeboten. Was also hätte Sie gehindert, dieser Geschichte zuzustimmen? Raumkapazität wäre genügend vorhanden gewesen. Es hätte eine ideale räumliche Anbindung ans Landratsamt stattfinden können. Es wäre möglich gewesen, da der Landkreis ja Träger dieses Kindergartens ist, auf die Inhalte, auf die Organisation Einfluss zu nehmen. All das, was sonst nirgendwo möglich gewesen wäre. Und Sie lehnen das ab obwohl [Zwischenruf Herr Berge]... Herr Berge, entschuldigung, ich verstehe Sie nicht. Es ist zur Sache, Herr Berge. Es ist bezeichnend, dass Sie das nicht als Sache ansehen. Das ist Geschichte. Es ist ja unglaublich, ein solcher Zwischenruf. [Zwischenruf Herr Wittlinger: „Aber richtig“] Mag sein, dass Sie das richtig ansehen, Herr Wittlinger, Sie werden mir die Freiheit lassen, selber darüber zu entscheiden, was ich für richtig halte und nicht. Vielen Dank. [Zwischenruf Herr Wittlinger zur Nichtöffentlichkeit der Debatte im VA] ...Wenn Sie meinen, ich würde hier über die Nichtöffentlichkeit verstoßen, Herr Wittlinger beantragen Sie Sanktionen, ich werde sie gerne in Kauf nehmen. Andere Landratsämter – bezeichnenderweise der Schwarzwald-Baar-Kreis – der allein schon in seinem Namen noch viel schwärzer ist als unserer, haben ebenfalls konkrete Angebote für die U3-Betreuung und Kommunen in diesen Landkreisen können dies ebenfalls anbieten in eigener Regie. Da ist genau die gleiche Situation vorhanden. Die Belastung je nach Inanspruchnahme hätte zwischen 30.000 und maximal 45.000 € betragen. Jetzt überlegen Sie mal, ohne dass ich die beiden Dinge gegeneinander ausspielen möchte, aber alleine in der Gegenüberstellung, 30.000 bis 45.000, was uns das Projekt „fahrradfreundlicher Landkreis“ wert ist. Hier wäre es um das Projekt „familienfreundlicher Landkreis“ gegangen. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dieses Thema wird uns und Sie, auch wenn Sie der Meinung sind, es gehöre nicht zur Sache, weiterhin beschäftigen.

Wir bleiben dabei: die SPD im Landkreis steht für gleiche Bildungschancen, unabhängig von der jeweiligen Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen. Unser Ziel ist nach wie vor, dass die Schülerbeförderung, unabhängig von der Schulart, gerecht bezuschusst und somit für alle Eltern bezahlbar bleibt bzw. wird, und dass endlich die Automatisierungsklausel, die ja von einer konservativen Kreistagsmehrheit lediglich zur Verschleierung der Versäumnisse **und Fehleinschätzungen** der früheren Landesregierung eingeführt wurde, in den wohlverdienten Ruhestand im Papierkorb entsorgt wird.

Mit Sorge sehen wir, dass die Diskussion um den Neubau der Klinik erneut aufflammt. Meist sind die Beiträge nicht gerade von Sachkenntnis oder gar Sachlichkeit getrübt. Wir fordern die Klinikleitung und den Aufsichtsrat auf, sich für die Öffentlichkeitsarbeit einen **eine/einen** professionellen **Marketingfachmann oder –fachfrau** zu suchen, immer in der Hoffnung, dass Sachargumente letztlich stärker als Emotionen sein werden. Es ist schon bemerkenswert wie sich zwei Architekten, die beim Bau der Klinik am Eichert eine allerdings nur sehr begrenzte Teilverantwortung hatten, mit ihren durch keine Tatsachen belegten Einwüfen die Debatte geradezu in eine ablehnende Haltung hineindrängen möchten. Ich habe es schon einmal gesagt: Natürlich haben wir Verständnis für emotionale Stellungnahmen von „Betroffenen“ (soweit sie tatsächlich betroffen sind), kein Verständnis haben wir allerdings für einen **eine öffentliche Feststellung** von Architekt Friesch, der unseren Gutachter HWP der wissentlichen Täuschung des Auftraggebers bezichtigte, **Herr Stöckle**. Das ist unanständig und gehört dringend zu Recht gerückt. Auch der Ruf nach immer noch mehr Öffentlichkeit für das Unternehmen Alb-Fils-Kliniken GmbH, das ja in einer wirtschaftlichen Konkurrenzsituation mit nicht wenigen Kliniken der Region steht, ist für die Weiterentwicklung der Kliniken in unserem Landkreis nicht gerade förderlich. Kein Wirtschaftsunternehmen der Welt wird seine

ökonomischen Kennzahlen, seine beabsichtigten Weiterentwicklungen und Schwerpunkte auf dem Marktplatz anbieten. Man mag es bedauern, dass sich unsere Kliniken, und nicht nur unsere, in diese Richtung entwickelt haben, aber die Zeiten eines Siechenhauses sind angesichts einer gigantischen medizintechnischen und pharmazeutischen Industrie schon längst vorbei. Konkurrenzkampf bestimmt weitgehend **neben medizinischen und pflegerischen Fragestellungen** die taktischen und strategischen Überlegungen der Geschäftsleitung, des Aufsichtsrats, der medizinischen, pflegerischen, **technischen** und wirtschaftlichen Abteilungen. Das mag man bedauern – aber schon Bertold Brecht sagte in seiner Dreigroschenoper: “Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so!”

Und zum Schluss noch zwei kleine Bemerkungen:

Die Debatte um die Mountainbiker und die Zwei-Meter-Regelung die auch in dieser Woche von der NWZ **und heute offenkundig auch in der Geislinger Zeitung** aufgegriffen und durch konträre Stellungnahmen gekennzeichnet **ist** war, zeigt, dass das Thema nach wie vor hoch aktuell ist. Wir haben leider übersehen, dass der „Runde Tisch“ den wir dazu beantragt haben, erst im Laufe des Jahres stattfinden soll. Der Sommer, und damit die Saison für Waldwanderer und Mountainbiker kommt -hoffentlich- schneller als gedacht. Deshalb wäre es sinnvoll, diese Gesprächsrunde schon im zeitigen Frühjahr, vor Beginn der Saison, stattfinden zu lassen.

Und die allerletzte Bemerkung:

Auf der **Homepage** Webseite des Landkreises steht für 2014 immer noch ein Terminplan, von dem wir bereits wissen, dass er obsolet ist. Ist es zu viel verlangt, die Verwaltung zu bitten, diesen Plan schnell auf den neuesten Stand zu bringen? **Warum die Termine von Kreissparkasse, Kreisbau und Klinik nicht mehr aufgeführt sind, erschließt sich zumindest meinem intellektuellen Horizont nicht ohne weiteres.** Man mag es kaum glauben, aber auch Kreisräte haben ein dringendes Bedürfnis, ihre Termine frühzeitig planen zu können. Ich bedanke mich sehr für Ihre **weitgehend** duldsame Aufmerksamkeit und wünsche uns, trotz beginnenden Kommunalwahlkampfes auch im weiteren Verlauf des Jahres gute Beratungen und noch bessere Beschlüsse zum Wohle unseres **überraschend.besseren schönen** Stauferkreises.